

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
163 · Ausgabe SO · Juni 2016



Wirtschaftspolitik für alle

«Das Machtnetz der Wirtschaftslobby», dies die Überschrift in der hiesigen Zeitung zur «einflussreichen und schlagkräftigen» kantonsrätlichen Gruppe «Wirtschaft und Gewerbe». Unbestritten: Die Wirtschaftstruppe ist gut organisiert und vernetzt und in der Lage, ihre Anliegen lautstark einzubringen. Nur: Ist sie wirklich so einflussreich, wie es der zitierte Artikel suggeriert? Und vor allem: Sind die Anliegen, die sie vertritt, wirklich auch zum Nutzen der solothurnischen Volkswirtschaft?

Die «Erfolgsbilanz» der Wirtschaftslobby ist nicht berauschend. Erinnern wir uns nur an das mit grossem Getöse lancierte Paket zur Bekämpfung der Frankenstärke. Das Paket war dilettantisch geschnürt, denn bereits am Folgetag distanzieren sich die bürgerlichen Politiker reihum davon. Durch diesen Gegenwind gebremst, wurden im Kantonsrat lediglich vier Vorstösse eingereicht. Zwei wurden abgelehnt, zwei angenommen, gleichzeitig aber abgeschrieben (waren also ohnehin unnötig und überflüssig).

Dieses Bild bestätigt auch eine Gesamtschau, welche die Wirtschaftslobby in ihrem Publikationsorgan

«Wirtschaftsflash» vorgenommen hat. Dabei wurde das Abstimmungsverhalten im Kantonsrat bei 26 Vorlagen, die aus Sicht der Wirtschaft wichtig waren, analysiert. 13 dieser Vorlagen waren über alle Parteigrenzen hinweg unbestritten. Interessant sind die übrigen 13 der «wirtschaftsrelevanten» Vorlagen: Nur in fünf Fällen vertrat hier die Wirtschaftslobby dieselbe Position wie die Mehrheit des zu 75 Prozent bürgerlichen Kantonsrats, die Linke aber achtmal. Noch erstaunlicher die Übereinstimmung mit dem Regierungsrat: Nur in vier Fällen nahm die Wirtschaftslobby dieselbe Haltung ein wie der Regierungsrat, die Linke aber neunmal. Dies überrascht, ist doch der Regierungsrat zu 80 Prozent aus bürgerlichen Mitgliedern, zu 60 Prozent aus von der Wirtschaft zur Wahl empfohlenen Vertretern und zu 40 Prozent aus ehemaligen Führungskräften der Handelskammer zusammengesetzt.

Die magere «Erfolgsbilanz» der parlamentarischen Gruppe «Wirtschaft + Gewerbe» verweist auf ein grundlegendes Problem ihrer Vorstösse und Haltungen: Sie sind oft unausgegoren, einseitig und von einem Marktfundamentalismus geprägt,

Wirtschaftspolitik muss den Fokus auf die gesamte Volkswirtschaft im Interesse aller richten.

der auch bürgerliche Politiker abschreckt. Ausgrenzend und ruppig im Stil werden im «Wirtschaftsflash» andersdenkende Politiker regelmässig verhöhnt. Auch vor Widersprüchen ist man nicht gefeit: Man fordert einen Subventionsabbau, lässt sich aber für Leistungsaufträge ebenfalls mit Steuergeldern entschädigen. Man fordert weniger Gesetze und Bürokratie, unterstützt zu diesem Zweck aber ein Gesetz, das ein wahres Bürokratiemonster ist.

Eine Wirtschaftspolitik, die diesen Namen verdient, sollte sich nicht um solche Scheinprobleme kümmern. Sie sollte den Fokus auf die gesamte Volkswirtschaft im Interesse aller richten. Kümmern wir uns also um tiefere Steuern für die unteren Einkommen, um Steuerredlichkeit als Voraussetzung für Staatsaufträge, um Verzicht auf unnötige Gesetze, um aktive Industriepolitik und den Schutz von Ausbildungsplätzen – alles Anliegen, die von der Ratsmehrheit abgelehnt oder regierungsamtlich verweigert wurden! Die SP ist offen für eine Wirtschaftspolitik im Interesse aller, und für dieses Ziel arbeiten wir mit allen politischen Kräften gerne konstruktiv zusammen!

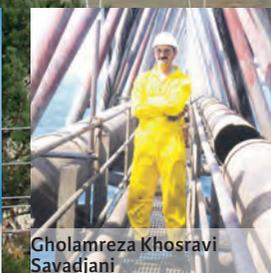
Niklaus Wepfer, Parteisekretär

GASTBEITRAG VON MENSCHENRECHTSAKTIVIST NIMA POUR JAKUB

Leiden, Gefängnis und Tod, wie leben die Arbeiter/innen im Iran?



Mohammad Jarahi



Gholamreza Khosravi Savadjani



Shahrokh Zamani



ENSIE & MATTHIAS

AM 25. FEBRUAR 2016 SETZTE SICH IN TEHRAN EIN VERKÄUFER SELBST IN BRAND. ER WOLLTE DIE POLIZEIKRÄFTE DAVON ABHALTEN, DIE TÜCHER, DIE ER IN DER INNENSTADT VERKAUFTE, AN SICH ZU NEHMEN.

Er ist keine Ausnahme. Während der letzten Jahre haben sich viele Arbeiter/innen und arme Menschen selbst in Brand gesetzt, um gegen die Ungleichheit im Iran zu protestieren. Am 23. September 2015 zündete sich in Ahwaz im Süden des Iran ein 36-jähriger Mann mit Namen Omid Rashedi an, weil sein Arbeitgeber seinen Vertrag nicht verlängern wollte. Nach einigen Tagen im Spital starb dieser Mann, der Frau und Kinder hatte. Aufgrund von Schwierigkeiten mit ihrem Arbeitgeber zündete sich eine Frau am 12. Juli 2015 in Mashhad im Osten Irans an.

Laut Beamten des iranischen Gesundheitsministeriums ist Arbeitslosigkeit die Hauptursache für Suizide im Iran. Der Chef der Iranischen Handelskammer gibt an, dass jede Stunde 150 Arbeiter/innen ihren Job verlieren. Im von den Mullahs regierten Iran müssen mindestens zwölf Millionen Arbeiter/innen von einem Einkommen leben, das mindestens dreimal tiefer ist als die offizielle Armutsgrenze, teilweise sogar unter der offiziellen Überlebensgrenze liegt. Laut dem Industrieminister sind 60 Prozent der industri-

ellen Anlagen halb oder ganz geschlossen und 70 Prozent der noch laufenden Betriebe funktionieren nicht mehr.

Diejenigen Industrieanlagen, in denen weniger als 10 Arbeiter/innen arbeiten, unterliegen nicht dem Arbeitsgesetz, sodass die Arbeitgeber sie behandeln können, wie sie wollen. Laut dem Arbeitsminister arbeiten 30 Prozent der Arbeiter/innen im Iran unter dem so genannten weissen Vertrag, in den erst nach der Unterzeichnung die Arbeitsbedingungen hineingeschrieben werden – und zwar vom Arbeitgeber.

Die Arbeiter/innen im Iran haben kein Recht, sich selbst zu organisieren und die Verbände und Gemeinschaften sind brutalen Repressionen durch die Regierung ausgesetzt. Wenn die Arbeiter/innen versuchen, unabhängige Vereine und Gemeinschaften zu gründen, werden sie brutal durch die IRGC oder das Geheimdienstliche Ministerium unterdrückt.

Momentan sind viele Arbeiter/innen entweder im Gefängnis oder unter Bedrohung der Sicherheitskräfte. *Mohammad Jarahi* ist einer dieser eingekerkerten Arbeits-



Nima Pour Jakub, Bellach
nima.pouryaghoub@gmail.com

Arbeitslosigkeit ist die Hauptursache für Suizide im Iran.

tivisten – er ist seit fünf Jahren im Zentralgefängnis der Stadt Tabriz. Er leidet an Kehlkopfkrebs und benötigt dringend eine professionelle medizinische Behandlung. Während der letzten 36 Jahre hat die Islamische Republik viele Arbeiter/innen in ihren Gefängnissen getötet. *Gholamreza Khosravi Savadjani* war einer dieser Arbeiter; er wurde am 1. Juni 2014 im Rajai-Shahr-Gefängnis in Karaj hingerichtet. Herr Savadjani war Vater eines Jungen im Teenageralter. *Shahrokh Zamani*, der aufgrund seines Widerstands als Gewerkschafter ins Gefängnis kam, war fünf Jahre in Gefangenschaft und starb wegen fehlender medizinischer Versorgung im selben Gefängnis am 13. September 2015.

Die Lösung für all dies ist unser vereinter und organisierter Kampf. Die iranischen Arbeiter/innen müssen das regierende Regime umstürzen und ein neues System etablieren, das auf Freiheit und Gerechtigkeit basiert, sonst wird sich die Situation niemals ändern. Die iranischen Arbeiter/innen brauchen die Solidarität der Verbände und Gewerkschaften auf der ganzen Welt, um dieses Ziel zu erreichen.

KANTONS RAT

Mit vollem Einsatz für den Kanton Solothurn

IN DER MAISESSION DES KANTONS RATES SETZTE SICH DIE SP-FRAKTION FÜR VERSCHIEDENSTE ANLIEGEN IN DEN BEREICHEN INTEGRATION, STEUERREDLICHKEIT, BÜROKRATIEABBAU, RAUMPLANUNG, VERKEHR, BILDUNG UND KULTUR EIN.

Für tiefere Sozialhilfekosten

Ein Vorstoss von Fränzi Roth (SP), Solothurn, will erreichen, dass Asylsuchende schneller in den Arbeitsmarkt integriert und somit mögliche zusätzliche Sozialhilfekosten gespart werden können. Das Anliegen wurde von der Regierung wie auch von der Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) grossmehrheitlich unterstützt. Im Rat drehte sich dann aber die Diskussion darum, welche Asylsuchenden genau gemeint seien. Sozialdirektor Peter Gomm (SP) betonte, dass es selbstverständlich je nach Aufenthaltsstatus andere Integrationsmassnahmen geben sollte. Der Vorstoss muss jetzt in der vorberatenden Kommission nochmals beraten werden.

Für Steuerredlichkeit

Urs Huber (SP), Olten, fordert, dass Anbieter bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vom Verfahren ausgeschlossen werden, wenn sie in den vergangenen zehn Jahren Steuerdelikte (Steuerhinterziehung, Steuerbetrug) begangen haben. Die Regierung solle darauf hinwirken,

das Anliegen im Rahmen der Totalrevision der IVöB (interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen) einzubringen. Die Mehrheit des Rates befand aber, dass die heute geltende Selbstdeklarationspflicht für Unternehmen ausreiche. Damit ist weiter möglich, dass, wer zu Steuerbetrug verurteilt wurde, besser fährt als zum Beispiel jemand, der Steuerschulden hat.

Für weniger Bürokratie

Ein SVP-Vorstoss will ein zentrales Sozialregister einrichten. Bereits im Massnahmenplan wurden Anstrengungen unternommen, die Mittel in der Sozialhilfe wirkungsorientierter einzusetzen und die Kostensteuerung zu optimieren. Ein erweiterter Datenaustausch zwischen den Sozialregionen und dem Kanton ist bereits für 2017 in Planung. Peter Gomm (SP), Regierungsrat, verwies darauf, dass die Sozialhilfeleistungen 2015 im Kanton gesunken seien. Die Realisation und die Führung eines neuen Sozialregisters wären mit hohem zusätzlichem Aufwand verbunden. Erstaunlich, dass sich



Mathias Stricker,
Kantonsrat aus Bettlach
mathias.stricker@bluewin.ch

die SVP mit mehr Bürokratie profilieren will. Diesem Ansinnen wurde vom Rat mit einer grossen Mehrheit der Riegel geschoben.

Umso erstaunlicher, dass sich dann der Rat aber trotzdem für mehr Bürokratie aussprach, indem er ein Gesetz durchwinkte, welches die Beschränkung der Regelungsdichte und der administrativen Belastung regelt. Auf gut Deutsch: Es gibt jetzt neue gesetzliche Regeln, die regeln, dass bald etwas weniger neue gesetzliche Regeln unser Leben regeln (sollen)! Bürokratie für den Bürokratieabbau. Das fanden die Bürgerlichen zwar paradox, Widerstand gegen diese Alibi-Übung leistete aber nur die SP. Anna Rüefli (SP), Solothurn, brachte es auf den Punkt: «Schildbürgerstreich und gesetzgeberischer Hyperaktivismus!»

Für eine strikte Umsetzung des Raumplanungsgesetzes

In einer Interpellation wird aufgezeigt, dass es trotz zu viel vorrätigem Bauland kaum zu Auszonungen kommen und somit der Volkswille umgangen wird. Immerhin sagten

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Die Wahlen vom 18. Oktober 2015 haben die Schweiz verändert und die politische Kultur umgepflügt. Vorbei sind die Zeiten, wo vernünftige und zukunftsweisende Lösungen für die Schweiz noch möglich waren. Das Parlament hat dies in dramatischer Weise sowohl in der Winter- als auch in der Frühlingssession «bewiesen»: Ablehnung der Ständesinitiative für mehr Kinderkrippen, Ablehnung der AHV-Plus-Volksinitiative, Ablehnung eines Vaterschaftsurlaubs, Ablehnung zahlreicher Verbesserungen für die Konsumenten, (voraussichtliche) Zustimmung zur Unternehmenssteuerreform III zu Lasten von 98 Prozent der Bevölkerung... Dabei

scheute diese neue Mehrheit nicht davor zurück, die eigene Klientel finanziell reichlich zu bevorzugen. Die Frage ist berechtigt, ob heute ein Projekt wie zum Beispiel der soeben eröffnete NEAT-Basistunnel durch den Gotthard noch eine Mehrheit im Parlament fände? Nun, jetzt zu jammern hat keinen Sinn. Anstatt die anderen zu kritisieren, müssen wir es einfach besser machen und unsere Lösungen der Bevölkerung effizienter vermitteln, erklären und Vertrauen zurückgewinnen. So werden auch in der Zukunft wieder Lösungen zugunsten aller Mehrheiten finden. Dafür brauchen wir Menschen wie Dich, welche sich für eine Kandidatur zur Verfügung stellen. Die Wahlen für Kantons-, Regie-

MEIN STANDPUNKT

Niklaus Wepfer, Parteisekretär
niklaus.wepfer@sp-so.ch



rungs- und Gemeinderäte stehen vor der Tür – im Frühling 2017 wird im Kanton Solothurn gewählt. Für gute Lösungen braucht es vernünftige Mehrheiten, sowohl in Parlamenten als auch bei der Stimmbevölkerung. Im Jahr 2015 hat unsere Partei mit einer Unterschriftensammlung gegen massiven Sozialabbau schon mal vorgelegt: Wir sind referendumsfähig und können an der Urne auch Mehrheiten erwirken. Wir können auch Wahlen gewinnen, das haben wir gemeinsam im Oktober erfahren, und nun wollen wir auch kantonal zulegen und die vernünftige Linke massiv stärken – ich sags' da nur, wenn nicht jetzt, wann dann?

WAHLEN 2017

Bist Du interessiert an einer Kandidatur für den Kantons- und/oder den Gemeinderat? Dann melde Dich bei Deiner Sektion oder bei der Kantonalpartei.

2013 70 Prozent der SolothurnerInnen Ja zu griffigeren Massnahmen gegen die Zersiedlung. Derzeit gibt es im Kanton unbebautes, eingezontes Bauland für rund 37 000 Personen. Der Kanton rechnet aber in den nächsten 15 Jahren mit maximal 27 000 Zuzüglern. Es gibt also zu viel eingezontes Land, und überdimensionierte Bauzonen müssten eigentlich – laut Gesetz – zurückgezont werden. Das Baudepartement bestätigt allerdings, dass Auszonungen die Ausnahme bleiben werden. Markus Ammann (SP), Olten, kritisierte darum die Regierung als schwach, mutlos und zögerlich. Ähnlich scharf ging der Fraktionschef mit den Initianten der Wasserstadt Solothurn ins Gericht; er bezeichnete deren Fragen, gespickt mit Vorwürfen, an die Regierung als «letztes Rückzugsgefecht einer gescheiterten Idee». Er wies aber auch darauf hin, dass jetzt die Zeit für ein Projekt, welches sich mit den Realitäten auseinandersetze, gekommen sei.

Für den Bahnhof Grenchen Süd

Eine Verbesserung der Verkehrssituation und eine Erhöhung der Sicherheit im Bereich des Flughafens Grenchen verlangt ein weiterer Vorstoss. Die SP-Fraktion unterstützte die Variante des Regierungsrates und der vorberatenden Kommissi-

on ohne die Prüfung einer Untertunnelung der Archstrasse. Hardy Jäggi (SP), Rechterswil, betonte, dass sich der Kanton einen solchen Tunnel heute und morgen schlichtweg nicht leisten könne. Die Mehrheit des Rates will trotzdem eine neue Prüfung. Mathias Stricker (SP), Bettlach, kritisierte zudem, dass bereits erfolgte oder noch geplante Streichungen von Zugverbindungen im Bahnhof Grenchen Süd die Stau-problematik zusätzlich verschärfen würden.

Bildung für alle

Mit Beginn des neuen Schuljahres streicht der Kanton im Rahmen des Sparmassnahmenpakets die Subventionen für den Besuch der Wirtschaftsmittelschule (WMS), die auf schulischer Ebene einen KV-Abschluss ermöglicht. Simon Esslinger (SP), Seewen, wehrte sich bereits im Frühling gegen dieses Vorhaben. Ein Volksauftrag der Jungen CVP will nun ebenfalls bewirken, dass der kostenlose Zugang zur ausserkantonalen WMS bleibt. Insbesondere für das Schwarzbubenland sei der freie Zugang zu den Bildungsangeboten im Raum Basel ein wichtiger Standortfaktor, so Simon Esslinger. Er bezweifelte auch, dass die Streichung der Subventionierung die erwünschten Einsparungen bringen wird, da jetzt vermehrt in die Fach-

mittelschule gewechselt werde. Auf alle Fälle wird eine Neubeurteilung erwartet, wenn sich der Spareffekt nicht einstellen sollte. Der Volksauftrag wurde mit 49 zu 42 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) relativ knapp abgelehnt.

In der Antwort auf eine FDP-Interpellation zeigt die Regierung auf, dass sie eine obligatorische Deutschförderung vor dem Kindergarten für Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen prüft. Einig ist man sich im Rat, dass die Migration die Schulen vor eine grosse Herausforderung stellt. So sollen Kinder mit fehlenden Deutschkenntnissen zum Besuch von Spielgruppen oder Kindertagesstätten verpflichtet werden. Gute Erfahrungen damit macht man im Kanton Basel-Stadt. Fränzi Roth (SP), Solothurn, unterstützte diese Stossrichtung, wehrte sich aber gegen eine Kostenbeteiligung der Eltern, denn Eltern und Kinder hätten ein Recht auf unentgeltlichen Schulunterricht.

Einem Auftrag der Mittefraktion, welcher eine raschere Zuweisung in die Regionalen Kleinklassen fordert, stimmte die SP zu, auch wenn diese Prozesse bereits eingeleitet wurden. Die SP erwartet zudem, dass die Zusammenarbeit mit Eltern, die nicht kooperieren, geklärt wird.

Kinder mit fehlenden Deutschkenntnissen sollen zum Besuch von Spielgruppen oder Kindertagesstätten verpflichtet werden.

SP AN DER HESO

Vom 23. September bis 2. Oktober 2016 findet die Herbstmesse HESO in Solothurn statt. Erstmals in der Geschichte ist auch die Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn mit einem eigenen Stand dabei. Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren und wir sind bestrebt, die SP den Besucherinnen und Besuchern so zu präsentieren, wie sie ist: solidarisch, gerecht und frei!

Damit sich unsere Partei während 9 Tagen kompetent präsentieren kann, brauchen wir Dich. Solltest Du bereit sein, Deine Partei an der HESO zu unterstützen, interessierten Menschen Rede und Antwort zu stehen, Unterschriften zu sammeln, neue Mitglieder zu werben – einfach einige Stunden lang mit weiteren Personen unseren und deinen Stand zu betreuen, dann melde dich bitte per Mail, Post (Talon) oder Telefon.

Vielen Dank!

Ich bin bereit am SP-Stand der HESO mitzuhelfen.

Datum und Zeit (es dürfen auch mehrere Tage angegeben werden)

Name

Vorname

Ort

Telefon

E-Mail

So rasch wie möglich senden an: SP Kanton Solothurn, Postfach 1555, 4502 Solothurn, 032 622 07 77, niklaus.wepfer@sp-so.ch

Vielen Dank. Sobald genügend Personen für die Mithilfe zur Verfügung stehen, wird der Einsatzplan erstellt.